

14.05.2019

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2018

**„Rassistische
Hetzjagden,
antisemitische Angriffe
und lebensbedrohliche
Attacken auf
Gewerkschafter: Auch
in Hessen gibt es eine
neue Qualität der
rechten Gewalt“**

- Bundesinnenministerium veröffentlicht Statistik zu politisch motivierter Kriminalität 2018: Anstieg von antisemitischer und rassistischer Hasskriminalität ist besonders besorgniserregend
- Die in der Bildungsstätte angesiedelte Beratungsstelle response baut eine Meldestelle für rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Hessen auf

Die am heutigen Dienstag vom Bundesinnenministerium veröffentlichte Statistik zu Politisch Motivierter Kriminalität zeigt laut der Bildungsstätte Anne Frank das „nach wie vor erschreckend hohe Niveau rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt in Deutschland“: Mit 20.431 Straftaten liegt die politisch motivierte Kriminalität auf dem dritthöchsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 2001. „Ganz besonders besorgniserregend ist für uns der Anstieg der antisemitischen sowie der rassistischen Hasskriminalität um jeweils fast 20 Prozent“, sagt Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte, die seit 2016 mit der hessischen Beratungsstelle response Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt begleitet und unterstützt.

Der Anstieg von rechts motivierten Körperverletzungen um 4,1 Prozent passe zur erhöhten Gewaltbereitschaft rechter Akteur*innen. „Auch in Hessen nehmen wir seit etwa zwei Jahren eine neue Qualität der Gewalt wahr: Früher ging es in unserer Beratungsarbeit vorwiegend um rassistische oder antisemitische Beleidigungen, heute haben wir es zusätzlich verstärkt mit Bedrohungen, Einschüchterungen, Angriffen und handfester körperlicher Gewalt zu tun“, sagt Mendel. „Die extrem rechte Szene tritt immer selbstbewusster auf – das gilt allerdings auch für Personen, die bislang nicht als organisierte Rechtsradikale in Erscheinung getreten sind.“ Auch das Bundesinnenministerium verweist auf die Radikalisierungspotential bis in die Mitte der Gesellschaft; am Montag hatte bereits der Präsident des Bundesverfassungsschutzes Haldenwang vor einer neuen Dynamik gewarnt, die zu rechtem Terror führen könne.

Im Jahr 2018 hat die Bildungsstätte über ihre Beratungsstelle response 146 Vorfälle in Hessen gezählt sowie davon in 102 Fällen beraten: „Die Vorfälle zeigen die gesamte Bandbreite der rassistischen und antisemitischen Gewalt in Hessen: Wir haben 2018 zum Beispiel rassistische Hetzjagden auf eine Fußballmannschaft im Main-Kinzig-Kreis, einen antisemitischen Angriff auf einen jüdischen Israeli in der Frankfurter Innenstadt, eine Würgeattacke auf einen Gewerkschafter in Hanau sowie einen per Email angedrohten Brandanschlag auf eine Kommunalpolitikerin in Darmstadt gezählt.“ Im Januar und Februar 2019 wurden ein antisemitischer Angriff und Beleidigungen gegen eine Schulklasse sowie antisemitische Anfeindungen gegen einen ca. 80 Jahre alten Mann am Bahnhof Langen bekannt; in Langen wurde ein einschreitender Helfer schwer verletzt und musste operiert werden. Außerdem wird in einer Anschlagserie auf linke Projekte im Rhein-Main-Gebiet ermittelt. Zum 1. Mai skandierte eine Gruppe junger Männer im Frankfurter Günthersburgpark offen rechte Parolen („Sieg Heil“ und „Heil Hitler“), eine Person soll einen Reichsadler auf der Brust getragen haben. Anfang April wurde in Wiesbaden ein 19-Jähriger bei einem Kauf einer Schusswaffe festgenommen. In der Vernehmung äußerte er rechtes Gedankengut und dass er sich wegen Mobbings rächen wolle. Der Fall ruft den rechtsmotivierten Anschlag im Olympiazentrum München 2016 in Erinnerung.

Im Feld der rechten Gewalt ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, weil sich viele Betroffene aus verschiedenen Gründen nicht an die Polizei wenden. Die Bildungsstätte plant deshalb die Dokumentation von Vorfällen durch ihre Beratungsstelle response im laufenden Jahr systematisch auszubauen. „Bis Ende des Jahres wollen wir eine Online-Meldestelle für rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Hessen aufbauen“, sagt Mendel. „Auf einer zentralen Internetseite können Betroffene und Zeug*innen Fälle melden, um damit zu einer Auswertung, Lageeinschätzung und Sichtbarmachung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Hessen beizutragen.“

Darüber hinaus engagiert sich die Bildungsstätte Anne Frank mit diversen Bildungs- und Präventionsprojekten gegen Rassismus und Antisemitismus – zuletzt hat sie zusammen mit dem Hessischen Kultusministerium das Projekt „Antisemi-was?“ zum Umgang mit Antisemitismus an hessischen Schulen gestartet.

Zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2018 des Bundesinnenministeriums:

www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/05/pmk-2018.html

Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Vorfälle in Hessen der Beratungsstelle response:

response-hessen.de/chronik

Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken. Fachkräfte erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Mit zwei Beratungsstellen unterstützt die Bildungsstätte Anne Frank sowohl Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt (response.) als auch Menschen, die Diskriminierung erfahren haben (ADiBe Netzwerk Hessen). Neben dem Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ bietet die Bildungsstätte Anne Frank mit dem Mobilem Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“ eine Wanderausstellung, die seit 2014 auf Tour ist. Nach dem Umbau an der Hansaallee in Frankfurt zeigen wir wieder wechselnde Sonderausstellungen und bieten ein abwechslungsreiches Informations- und Diskussionsprogramm.

Weitere Informationen:

www.bs-anne-frank.de

Kontakt:

Eva Berendsen

Leitung Kommunikation

M eberendsen@bs-anne-frank.de

T 069-56000252